

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsplatz 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 63 und 164
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 10 Pfennig oder
deren Raum für Stadt u. Land
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Seite 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 179.

Herford, Montag, den 2. August 1920

38. Jahrgang.

Kirchdornberg.

Die jüngst im Stadtparlament von Oberbürgermeister Busse über die wenig befriedigenden Aussichten des Bergwerks Kirchdornberg gemachten Mitteilungen fanden und finden die größte Aufmerksamkeit der Bürgerschaft unserer Stadt. Es dürfte in diesem Zusammenhang von Interesse sein, sich den Entwicklungsgang des Berges nochmals vor Augen zu führen und auf die Stimmen hinzuweisen, die von Anfang an dem Unternehmen skeptisch gegenüberstanden.

Die erste Anregung zur Wiederinbetriebnahme der seit 35 Jahren stillgelegten Zechenanlagen bei Kirchdornberg war im August v. J. von Herforder Fabrikantenkreisen ausgegangen. Veranlaßt durch die immer schlechter werdenden Aussichten der Kohlenversorgung — es war die Bahnlegung unserer heimischen Industrie zu befürchten — hatte man den Bezirksgeologen Dr. Meßwerdt beauftragt, ein ausführliches „Gutachten über das Vorkommen von Steinkohle in der weiteren Umgebung von Herford“ auszuarbeiten, das nicht unglücklich ausfiel. Dr. Meßwerdt berechnete bei einem Abbau bis zu 300 Metern Tiefe das Ergebnis von Kirchdornberg auf 1.160.000 Tonnen Steinkohle, wobei als Nebenprodukte Gips und Eisentein zu gewinnen seien. Auch die Möglichkeit zur Inbetriebnahme der verfallenen Anlagen wurden von ihm nicht ungünstig beurteilt. Diesem Gutachten hatte zur Folge, daß sich Stadtverordnete, Magistrat und sonstige Interessenten bald eingehender und lebhaft mit dem Plan beschäftigten. Ingenieur Schroiff-Bielefeld ergänzte in einer Versammlung zu Herford, welche am 30. August 1919 stattgefunden hat, die Ausführungen des Sachverständigen dahin, daß das Mutungsrecht von dem derzeitigen Besitzer um 40.000 M zu erwerben wäre und für die notwendigen Vorarbeiten der gleiche Betrag als vollständig ausreichend zu erachten sei. 14 Tage wurden zur Freilegung und sechs Wochen zur Instandsetzung der Förderungsanlagen genügen, so daß Mitte, spätestens Ende Oktober 1919 mit der Förderung begonnen werden könne. Bei gesteigerter Arbeitsleistung erwartete Herr Schroiff eine Tagesleistung von 300 Tonnen.

Schon damals wurden von verschiedenen Seiten Bedenken laut, namentlich wurde der gewiß nicht unbegründete Einwand vorgebracht, daß es sonderbar sei, wenn der derzeitige Besitzer ein derart wichtiges Mutungsrecht verhältnismäßig billig aus der Hand gäbe. Außerdem verlangte man schon damals die Einholung von schriftlichen Gutachten verschiedener namhafter, unparteiischer Sachverständiger. Dieses Verlangen wurde aber leider nicht voll erfüllt.

Bei den vorbereitenden Arbeiten machten sich gleich erhebliche Schwierigkeiten bemerkbar. Die Städte Herford und Bielefeld, nebst dem Landkreis Bielefeld arbeiteten aber mit Hochdruck auf die Inangriffnahme der Kohlenförderung hin. Freilich war man hier und da durch die genaue Befestigung der Verhältnisse in Bezug auf die Möglichkeit rascher Förderung doch etwas anderer Ansicht geworden, als zu Beginn; man hielt es schon am 17. September 1919 für nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß bis zur Förderung Monate vergehen könnten, und daß vorübergehenden Hoffnungen wegen der Belieferung mit Kohlen gewarnt werden müsse. Nichtsdestoweniger brachte der Magistrat von Herford am 3. Oktober 1919, also etwa acht Wochen nach dem Aufkauf des Berges, in der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Ankauf der Zechen Kirchdornberg ein. Stadtbaumeister Meßerschmidt begründete die Vorlage damals und machte Mitteilungen, in denen Bedenken gegenüber früheren Erwartungen laut wurden. Die größtmögliche Förderungsleistung wurde nach einem Gutachten des zu Rate gezogenen Sachverständigen zwar auch weiter auf 1,3 Millionen Tonnen, die Abbauezeit bei 300 Tonnen Tagesförderung auf 12 Jahre und die Gesamtlänge der Stöße auf 1,6 Kilometer angegeben; jedoch wurden die Kosten von Herrn Meßerschmidt um ganz erhebliche Summen höher gegenüber den früher genannten Summen berechnet. Hatte man vorher für Aufräumarbeiten, die 1 1/2 Monate dauern sollten, 40.000 M angelegt, so verlangte man jetzt dafür 300.000 M. Zur Inbetriebnahme wurden 198.500 M für nötig erachtet, davon u. a. für eine Fördermaschine 17.000 M, eine Pumpe mit Hahpel 20.000 M, einen Schachtsturm 12.000 M, eine Baracke für 50 Personen 30.000 M und Schachtausbau in Beton 50.000 M, weiter an Arbeitslohn für 3 Monate 25.000 M, jedoch bis zum Beginn der Kohlenförderung 550.000 M aufgewendet werden sollten. Zum weiteren Ausbau des Bergwerkes sollten dann noch für Maschinen usw. 450.000 M erforderlich sein, so daß die Gesamtkosten auf 1 Million Mark zu stehen kämen. Davon sollten auf die Städte Herford und Bielefeld je 400.000 M,

Das Neueste vom Tage.

Die deutsche Regierung hat in Paris mit Rücksicht auf die zunehmende Schwierigkeit der Lage im Osten beschleunigte Antwort auf ihr Ersuchen, den Grenzschutz durch reguläre Truppen verstärken zu dürfen, erbeten.

Der italienische Botschafter überreichte dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben und hielt dabei eine Ansprache, worin er als Ziel seiner Aufgabe hinstellt, die Beziehungen zwischen beiden Ländern herzlich und fruchtbar zu gestalten.

In Berlin wurde eine große Kundgebung für den Weltfrieden durch Kommunisten gesprengt.

Bei einer Massenkundgebung gegen den Krieg und für den Völkerfrieden in Marienwerder wurde strikte Durchführung der Neutralität im Kriege zwischen Rußland und Polen verlangt.

Die französische Senatskommission für Auswärtiges stimmte dem Gesetzentwurf über das Vorschlagsabkommen mit Deutschland mit 221 gegen 81 Stimmen zu.

In Genf wurde der internationale Sozialistenkongreß eröffnet. Es wurden Kommissionen ernannt, die die Frage der Schuld am Kriege und die der Sozialisierung prüfen sollten.

Auf dem Genfer Kongreß der zweiten Internationale wurde eine Resolution gefaßt, in der die Regierungen Europas aufgefordert werden, Mittel zur Schaffung von Einrichtungen und zum Ausbau der vorhandenen Einrichtungen zur Ernährung der Kinder bereitzustellen.

Die dänische Regierung beabsichtigt, nach Flensburg einen Konsul zu entsenden.

Der französische Senat hat den bulgarischen Friedensvertrag ratifiziert.

auf den Kreis Bielefeld 200.000 M entfallen. Auch jetzt noch gab man aber als Termin für den Beginn der Förderung den November v. J. an und hoffte auf eine Tagesleistung von zunächst 30 Tonnen. In weiteren 10 Monaten, also bis September 1920, könne die Förderung, so wurde gesagt, voraussichtlich auf etwa 100 Tonnen pro Tag gesteigert und 600 Mann beschäftigt werden.

Einwände wurden damit zurückgewiesen, daß man sagte, es handle sich nicht um ein Unternehmen des Gewinnes wegen, sondern um ein rein wirtschaftliches Unternehmen. Selbst das Risiko des Fehlschlages müsse bei der in Aussicht stehenden Möglichkeit, die Kohlenversorgung der Stadt zu verbessern, eingegangen werden. Mit 19 Stimmen gelangte die Magistratsvorlage dann zur Annahme.

Die Hoffnungen, die in der Magistratsvorlage ausgesprochen waren, erfüllten sich bisher nicht. Erst im November konnte der Anlauf des Grubenfeldes getätigt werden, im Dezember wurden die ersten Maschinen geliefert und statt mit der Förderung, begann man mit den Aufräumarbeiten, die fortwährend durch starken Wasserzufluß behindert wurden. Immerhin stellte Bergwerksdirektor Hohendorf in Aussicht, daß mit der Kohlenförderung im Herbst dieses Jahres begonnen werden könne.

Auch diese Erwartung ist jedoch, wie Oberbürgermeister Busse am vorletzten Freitag ausführte, nicht erfüllbar. Statt der versprochenen 100 Tonnen Kohlen täglich, auf die wir jetzt rechnen sollen, verlangt man weitere zwei Millionen lediglich zur Inbetriebnahme. Ein neuer Sachverständiger gibt das Kohlenvorkommen fünf Sechstel niedriger an, als seine Vorgänger, er nennt als frühesten Termin für den Förderungsbeginn den Herbst 1921. Die Mitteilungen in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung im Herbst dieses Jahres begonnen werden, als daß wir sie nochmals wiederholen müßten.

Das Unternehmen in Dornberg ist, bis jetzt wenigstens, ein Fehlschlag gewesen. Wir glauben auch nicht daran, daß die Hoffnungen, die an das Unternehmen geknüpft sind, sich überhaupt jemals voll verwirklichen werden. Es sollte uns freuen, wenn dieser Pessimismus durch die Tatsachen als unbegründet erwiesen würde. Heute jedoch unterbreiten wir frei und offen unsere Zweifel der Öffentlichkeit zur Prüfung.

Schon die Tatsache, daß der Staat 1884 die Zechen „Friedrich-Wilhelmsglück“ nach kaum vierjähriger Ausbeutung wieder stilllegte, sagt genug. Allerdings muß man hier den Einwand geltend lassen, daß bei den damaligen Kohlenverhältnissen die Dornberger Kohle gegenüber der Ruhrkohle nicht konkurrenzfähig bleiben konnte. Aber die

Bielefelder Industriellen hätten sich die Gelegenheit, vor ihrer Tür Kohle abbauen zu können, nicht entgehen lassen, selbst wenn die Ruhrzechen ebenso wohlfeil liefern konnten. Männer, wie Dürkop, Koch, Kempel und wie die führenden Männer sonst heißen mögen, wären an der Möglichkeit, eine Kraftquelle in nächster Nähe ihrer Betriebe ausbeuten zu können, nicht vorübergegangen, wenn sie Vertrauen zu Kirchdornberg gehabt hätten. Allein schon aus dieser Überlegung heraus, glaubten wir wiederholt zur Vorsicht mahnen zu sollen. So fügten wir unserem Bericht über die erste Besprechung im Rathaus am 30. August v. J. schon an: „Nach allem, was wir jetzt über Kirchdornberg wissen, ist es sicher, daß vor und bei Inbetriebnahme der Grube allerlei Schwierigkeiten zu überwinden sind, die nicht unterschätzt werden dürfen“ und am 19. September, nachdem eine Befichtigung der Zechen durch die beteiligten Stellen stattgefunden hatte, stand in der Herforder Zeitung zu lesen: „Nach diesem Bericht empfiehlt es sich, die Hoffnungen auf die Kirchdornberger Kohle gewaltig zurückzuschrauben. Ob wir überhaupt in diesem Winter mit Kohlen von dort rechnen können, erscheint sehr zweifelhaft.“

Aber selbst wenn Kohlen in hinreichender Menge wirklich gewonnen werden könnten, kann damit von einer bevorzugten Versorgung Herfords nicht die Rede sein. Schon am 9. September 1919 schickte der damalige Reichskommissar Severing auf eine Anfrage des Magistrats Herford ein Antwortschreiben, in dem es unter anderem heißt: „... daß die interessierten Stadtverwaltungen mit den geförderten Kohlen beliefert werden können, allerdings unter Anrechnung des Kontingents. Eine Bevorzugung derart, daß die (der Zechen) benachbarten Orte größere Mengen für Industrie und Hausbrand erhalten, als die Orte und Haushaltungen im übrigen Deutschland, kann natürlich nicht eingeräumt werden. Ich möchte weiter auch nicht verschweigen, daß, wenn es erforderlich sein sollte, bestimmte Industriezweige infolge der Kohlennot stillzulegen, dann die Herforder Betriebe dieser Gruppe nicht ausgenommen werden können“, und am Schluß des Briefes heißt es: „Die Gefahr, daß Ihnen die Kohlen fortgenommen werden können, besteht nicht, doch ist mit einer Besserstellung Herfords und Bielefelds hinsichtlich der Menge nicht zu rechnen.“ Oberbürgermeister Busse sprach am vorletzten Freitag davon, daß gerade mit Rücksicht auf das Kohlenabkommen von Spaa der Weiterverfolg des Planes geraten sei. Wir sind nicht dieser Ansicht. Was Severing vor einem Jahre sagte, gilt eben wegen Spaa, das schärfste Kontingentierung fordert, in noch viel höherem Maße jetzt. Von einer bevorzugten Lieferung kann also heute weniger als je zuvor die Rede sein. Man mag also die Situation betrachten wie man will, die vielleicht möglichen, heute aber sehr ungewissen Vorteile für unsere Stadt können für das ungeheure finanzielle Risiko als Ausgleich nicht angesehen werden. Wir sind darum der Meinung, daß eine erneute und allgründlichste Überprüfung des Projektes aufgrund der schriftlichen Gutachten erstklassiger Fachmänner unbedingte Pflicht ist, bevor man neue Mittel in ein unsicheres Unternehmen hineinsteckt. Sind die bisher aufgewandten Kosten nutzlos, wenn auch im besten Glauben, ausgegeben, gut, das mag eine teure Lehre allen Beteiligten sein. Aber ein Sturm der Entrüstung in der ganzen Bürgerschaft muß und wird die Folge sein, wenn in diesem Augenblick, in dem Herford nicht ein und aus weiß, von der Allgemeinheit Ausgaben verlangt werden, deren Rentabilität nicht ganz unbedingt einwandfrei feststeht. Es ist klüger, ein ausfallsloses Beginnen rechtzeitig aufzugeben, als immer wieder neue Kraft und Mittel aufzuwenden, um etwas zu erzielen, was vielleicht nie erzielt werden kann, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind.

Ungenügende Sicherung der deutschen Grenze.

Neue Fortschritte der Russen.

Die Polen haben sich nur zum Teil unter russischem Druck auf der ganzen Front zurückgezogen, ihr Zentrum steht jetzt im Augenblick des Waffenstillstandsbeginns bei Brest-Litowsk. Der am meisten gefährdete Nordwestflügel hat sich soweit zurückgezogen, daß die ostpreussische Grenze streift; russische Kavallerie ist bei Proßken, dem Grenzort ruhmvollen Angedenkens aus den 1. Augusttagen 1914, aufgetaucht und polnische Abteilungen haben in versprengten Formationen den Schutz deutschen Bodens aufgesucht und sich entzogen lassen. Damit ist die Gefahr für das Reich, in den

Stiffen Konflikt, trotz der Neutralitätserklärung, hineingezogen zu werden, in drohende Nähe gerückt. Zwar hat der Führer einer in der Verfolgung begriffenen bolschewistischen Kavallerieabteilung erklärt, die deutsche Grenze achten zu wollen, es ist aber doch fraglich, ob sich solche Zeichen der Disziplin überall längst der gefährdeten Grenzzone bemerkbar machen.

Jedenfalls besteht für die Regierung die Pflicht, alle verfügbaren Kräfte zur Beobachtung der Grenze heranzuziehen. Diese Pflicht ist umso unabwiesbarer, als sich die alliierten Befehlshaber Kommandos anschicken, die dem Kriegsschauplatz benachbarten Grenzorte zu räumen und sich weiter landeinwärts zurückzuziehen. Schon melden sich die Stimmen der geängstigten Grenzbewohner, die in Erinnerung an die trüben Tage des Russeneinfalls von 1914 um Schutz gegen etwaige Grenzübergriffe rufen. In dieser Zwangslage wird erst so recht klar, wie sehr wir aufgehört haben, Herr unser selbst zu sein. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß unsere Ostgrenze so gut wie ungeschützt ist, daß das kleine Aufgebot von Sicherheitspolizei die ihr übertragene Aufgabe des Grenzschutzes im gegebenen Falle gar nicht erfüllen kann. Auch die Stärke der Reichswehr kann an der gefährdeten Stelle naturgemäß nicht voll zur Geltung kommen, weil der größte Teil im Lande zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt erforderlich ist.

Hätte uns die Entente ein Heer belassen, das dem Umfang des Reiches und den kriegshaftern Zuständen ringsherum auch nur einigermaßen Rechnung trägt, so bräuhete Frankreich jetzt nicht, wie der Baseler Anzeiger aus Paris meldet, acht Jahrgänge aufzubieten. Dann wären wir als die „nächsten dazu“ vor ihnen in die Bresche gesprungen. Es ergibt sich so das merkwürdige Bild, daß die Franzosen aus Angst vor der deutschen Revanche es vorziehen, ihre eigene Haut zu Markte zu tragen. Uns kann es recht sein. Jedenfalls haben wir keine Veranlassung, solange unsere Neutralität russischerseits unangefastet bleibt, ihnen, mag die Gefahr auch noch so groß sein, unter den obwaltenden Verhältnissen ein Durchmarschrecht einzuräumen, vielweniger noch für fremde Interessen auch nur einen Finger zu rühren.

Von wichtigen Meldungen mögen hier folgende Platz finden:

Die erste Zusammenkunft

In Paris, 31. Juli. Die erste Zusammenkunft der Vertreter der polnischen Truppen mit den Bolschewisten zur Besprechung des Waffenstillstandes hat gestern Abend um 8 Uhr in Baranowitsch stattgefunden. — Auf die beiden Telegramme, die die englische Regierung am 26. und 28. Juli an Tschitscherin gerichtet hat, ist nach dem Petit Parisien bisher in London keine Antwort eingetroffen. Im Widerspruch zu dieser Nachricht steht eine Meldung aus Paris vom 1. August, worin es heißt, daß die Russen die Polen bis zum 4. August hinzuhalten wollen, um mit ihnen zu verhandeln.

In Göteborg, 2. August. (Eig. Drahtb.) Krassin ist nach London abgereist. Er erklärte, daß Rußland an der Kapitulation des Generals Wangel festhalten werde. Eine Entscheidung in der Alandsfrage könne erst nach Rücksprache mit Rußland getroffen werden, da dessen Souveränität über Aland noch nicht aufgehoben sei.

Polnischer Heeresbericht.

In Warschau, 1. August. An der deutschen Grenze längs der Flüsse Nissa, Raveu und Lysocia ist die Lage unverändert. Südlich davon nahmen unsere Truppen die Linie Sina-Sienanowez, wo noch Kämpfe stattfanden. In der Gegend von Brody entwickelte sich die Aktion weiter günstig für uns. In der Schlacht bei Toporowice fiel der Stabschef der bolschewistischen Kavallerie. Es wurden bei ihm wichtige Operationspläne vorgefunden. Es wurde ansehnliche Beute gemacht. Die Fahne der 2. bolschewistischen Kavalleriedivision fiel in unsere Hand. Angriffe am Seret wurden abgewiesen.

Augustfotos von den Russen besetzt.

Kopenhagen, 31. Juli. Verlangte Tidende meldet aus Kowno: Nach hier eingegangenen zuverlässigen Nachrichten haben die Bolschewisten Augustofotos besetzt. Die Polen haben sich aus Suwalki zurückgezogen, dessen Bevölkerung die litauischen Truppen des Generals Mariampol erobert haben, die Stadt zu besetzen, ehe die Bolschewisten es tun.

In Kowno, 1. August. Die russische Regierung teilte den litauischen Vertretern in Wiga mit, daß sie ihrer Heeresleitung in Wina unterlag, sich in die inneren Verwaltungsfragen Wilnas und der anderen besetzten litauischen Gebiete einzumischen. Heute besetzten litauische Truppen Suwalki.

Der deutsche Gesandte nach Warschau abgereist.

In Berlin, 1. August. Der Gesandte in Warschau, Graf Oberndorff, der sich mehrere Tage zu Besprechungen in Berlin aufgehalten hat, kehrte heute auf seinen Posten zurück.

Im Schillingshof.

13) Roman von E. Marlitt.

„Aber ich bitte Sie — wenn denn sonst?“ rief die junge Dame wie aus den Wolken gefallen. „Papa und Mama sind in aller Form geschieden — Herr Fournier hat auch nicht das allermindeste Anrecht mehr auf mich. Ich würde ihm auch nicht gehorchen; er verdient es nicht — er hat eines Tages Mama heimlich verlassen.“ „Klassische Bühnenmoralität!“ scholl es sarkastisch vom Antikzimmer her, während die Majorin sich abwandte, als habe ihr das gierliche, syphenhafte Wesen mit der zarten Hand einen Faustschlag in das Gesicht verfeilt.

„Vergiß, Mama, und — lebe wohl!“ sagte Felix bebenden Tönen, aber auch mit voller Entschlossenheit, um dem Auftritt, der auf einen furchtbaren Zusammenstoß hinauszulaufen drohte, ein rasches Ende zu machen.

„Also direkt in die Ehe, Herr Referendar?“ lachte der Rat herüber.

Der junge Mann erwiderte keine Silbe, nicht mit einem Blick streifte er den Sprechenden. Bitter lächelnd ließ er die Rechte sinken, die seine Mutter zurückwies.

„Sieh mich an!“ gebot sie, sich gewalttätig bezwingend. „Sieh mich an, Felix, und dann frage dich selbst, ob du mir, mir, eine Frau zuführen darfst, die —“

Russisches Getreide für Italien.

Haag, 31. Juli. Die Times meldet aus Warschau, daß italienische Schiffe mit heimkehrenden russischen Kriegsgefangenen in Odessa eingetroffen wären und gegenwärtig mit russischem Getreide beladen würden, wovon sie 17 000 Tonnen nach Italien bringen sollen.

Drangsalierung der Deutschen in Westpreußen.

In Schneidemühl, 31. Juli. Die drohende Lage an der Front hat in hiesigen polnischen Kreisen eine hochgradige Nervosität hervorgerufen, die sich in der Verhängung des Standrechts und Ausschreitungen gegen Deutsche und besonders gegen Juden äußert, zum Beispiel in Kulmsee und Thorn. Grundlose Verhaftungen sind an der Tagesordnung. So wurde das Büropersonal der Deutschen Vereinigung in Thorn festgenommen und erst nach drei Tagen wieder freigelassen, da auch nicht das geringste belastende Material gefunden wurde. Daß unter diesen Umständen der Gedanke „Los von Warschau!“ immer mehr Anhänger findet, ist nicht verwunderlich. Selbst den einheimischen Polen ist die Nervosität der landfremden Beamten zuwiel geworden. Man hofft, daß die russische Sowjetrepublik beim Friedensschluß mit Polen mit Bezug auf das Abstimmungsresultat in West- und Ostpreußen eine nachträgliche Abstimmung auch für Pommern und Polen fordern wird. Bolschewisten aus Danzig und Pommern sollen ein diesbezügliches Verlangen an die Russen bereits gestellt haben.

Rumänisches Ultimatum an Rußland.

In Wien, 2. August. (Eig. Drahtb.) Aus Belgrad meldet das südslawische Pressebüro: Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatums gerichtet mit der Aufforderung, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuführen. Der Sowjetregierung ist eine dreitägige Frist gestellt worden. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung seiner gesamten Streitkräfte anordnen.

Ungarischer Einfall in Steiermark.

Graz, 31. Juli. Zwischen 3 und 4 Uhr früh wurde das Zeug- und Munitionsdepot in Fürstense durch eine Gruppe von etwa 800 Personen, die aus der Gegend von Rudersdorf in Ungarn kamen, geplündert. Die Depotbestände, ungefähr 2000 Gewehre und 21 noch gebrauchsfähige Maschinengewehre sowie ungefähr 2000 Munitionsausrüstungen, wurden weggeführt. Die Mörder waren mit drei Kaskotten erschienen. Ein Teil der Leute, etwa 150, plünderte das Magazin, während die übrigen zur Bewachung der Stadt Fürstense verwendet wurden. Die Straßen und Häuser wurden besetzt, die Passanten und Wachorgane interniert und mißhandelt. Die verhafteten Personen wurden bis an die ungarische Grenze mitgeschleppt, wo ihnen baldige Freilassung versprochen ist.

In Wien, 1. August. Die Blätter erfahren, daß infolge der Ereignisse in Fürstense sich eine Offiziersabordnung der internationalisierten Militärkommission an die westungarische Grenze begeben werde, um die Lage zu prüfen.

Wie die Arbeiterzeitung meldet, verhaftete die Polizei in später Nachtstunden einen der Menschenjäger von Galla Egerszög, Oberleutnant Augier. Dieser bestritt bei einem Verhör, daß als Zweck der Region ein Einfall in Österreich und der Sturz der republikanischen Regierung bezweckt werde.

Reichstag.

In Berlin, 31. Juli.

Eine lange, aber doch im ganzen recht ruhig geführte Debatte über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung nahm den größten Teil der heutigen Reichstagsitzung in Anspruch. Wer es sah, wie der Reichstag über vier Stunden seiner angeblich so knappen Zeit dazu benutzte, um sich über ein Gesetz, an dem doch nichts mehr zu ändern ist, herumschleppen, der glaubt nicht, daß das Ferienbedürfnis der Abgeordneten groß ist. In durchaus sachlicher und möglichst politischer Weise suchte der Reichsminister des Innern noch das Entwaffnungsgesetz zu begründen. Etwa zwei Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer sind nach zuverlässigen Berechnungen in den Händen der Zivilbevölkerung, teils in denen der radikalen Linken, teils in denen der extremen Rechten. Das Reich ist für die Eingehung und Ablieferung dieser Waffen verantwortlich, also muß das Gesetz selbstverständlich angenommen werden. Aber Rechte und Linke benutzten die Gelegenheit, um sich gegenseitig beschuldiger Gewalttätigkeiten zu beschuldigen, und beide Teile leugnen natürlich, selbst angriffs-

weise vorzugehen. Mit Recht wies demgegenüber der demokratische Abg. Haas darauf hin, daß die Entwaffnung der Zivilbevölkerung niemals durchgeführt werden kann, wenn die Rechte sowohl wie die Linke verlangen, daß der andere zuerst die Waffen abliefern. Der demokratische Redner wies auch nach, daß weder die Unabhängigen noch die rechtsradikalen Freunde des Herrn Reichke so harmlos sind, wie sie sich stellen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die richtigen Männer als Entwaffnungskommissare zu finden. In ähnlicher, sachlicher Weise sprach auch der deutschvolksparteiliche Redner Gildemeister. Er berief sich vor allem auf die von englischer Seite in Spa zum Ausdruck gebrachte Mahnung, daß ein Zustand, bei dem Waffen in großen Mengen in der Hand von Regierungsgegnern sind, nicht drei Tage zu ertragen sei.

Die besondere Lage bezüglich der bayerischen Einwohnervoten veranlaßte die Unabhängigen zu ziemlich heftigen Angriffen auf den bayerischen Regierungschef von Rahr, der nicht amwesend war und deshalb von seinem demokratischen Ministerkollegen Gamm energisch verteidigt wurde.

Nachdem die Entwaffnungsvorlage endlich einem Ausschuss überwiesen war, ging der Reichstag zur Weiterberatung des Haushalts über. Beim Postetat kamen die Vorgänge im Haushaltsausschuß, das Ultimatum der Eisenbahnerverbände und die Drohungen mit dem allgemeinen Eisenbahnerstreik ausführlich zur Sprache. Als die Unabhängigen diese Zäsur des „Pistole auf die Brust-Lebens“, wie es der Reichsfinanzminister nannte, zu billigen versuchten und die Regierung der Vernachlässigung der Beamteninteressen beschuldigte, richtete Dr. Wirth einen scharfen Appell an die Öffentlichkeit, sich nicht durch derartige Drohungen beeinflussen zu lassen. Der Haushaltsausschuß habe beschloffen, die Beratung über die beabsichtigten Zulagen solange zurückzustellen, bis das Ultimatum zurückgenommen sei. Außer den Unabhängigen waren alle Parteien einig in der Verurteilung des Vorgehens der Eisenbahnerverbände.

Ministerialdirektor Brodow berichtet über den Rückgang des Telegrammverkehrs, der schon vor der Gebührenerhöhung eingetreten, also nicht auf diese zurückzuführen sei. Die Reifung der Fernsprechnetzwerke stehe in keinem Verhältnis mehr zu den Selbstkosten der Verwaltung. Die Kosten der Anlage eines Hauptanschlusses stellten sich jetzt in Berlin auf annähernd 100 000 M. (hört, hört!) Das Fernsprechnetzwerk muß beibehalten werden, wenn der weitere Ausbau des Fernsprechnetzes erfolgen soll.

Der Antrag der Deutschnationalen Seite, die Beseitigung des Fernsprechnetzes wird abgelehnt. Die Entschließung des Ausschusses auf Erhöhung der Erhöhung der Postzeitungsgebühren bis zum 1. Januar 1921 wird angenommen. Der Posthaushalt wird bewilligt.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung; vorher dritte Lesungen, Antrag auf Erlass eines Anwerbegesetzes. Schluß 6 Uhr.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

2. August

Gegen die Gewerbesteuer.

Eingabe der Handelskammer Bielefeld.

Die Handelskammer Bielefeld hat an den Magistrat hier eine sehr beachtenswerte Eingabe gerichtet wegen der geradezu ungeheuren Erhöhung der Gewerbesteuer, die in Aussicht genommen ist. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Nach dem kürzlich veröffentlichten Haushaltsplan der Stadt Herford sollen für 1920/21 als Gewerbesteuer erhoben werden in der Klasse I 1400 v. H., in der Klasse II 1200 v. H. und in den Klassen III und IV je 1000 v. H. des staatlich veranlagten Satzes.

Die sich bei diesen Zahlen ergebenden Beträge bedeuten nach Ansicht der Handelskammer für die Gewerbetreibenden eine derart starke Belastung, daß nicht eindringlich genug davor gewarnt werden kann, diese Ansätze zu verwirklichen. Die Handelskammer hat bereits in einer gelegentlich ihrer letzten Sitzung angenommenen Entschließung, die auch dem dortigen Magistrat Anfang Juli zur Kenntnis gebracht worden ist, auf die von einer Ueberpannung der Gewerbesteuer zu befürchtenden Gefahren kurz hingewiesen. Damals lagen allerdings nur die von der Stadt Bielefeld in Aussicht genommenen Sätze vor, die jedoch mit 680 Prozent in der Klasse I, mit 540 Prozent in der Klasse II und mit 420 Prozent in den Klassen III und IV

um mehr als die Hälfte hinter den Herforder Sätzen

„Nicht ohne mich! — Komm, mein Kind!“ Die Majorin hob unwillkürlich die Arme, und ihr Blick fiel wie Beistand suchend, nach ihrem Bruder hinüber.

„Aber Sie laufen, Hergele! Du verlierst nichts — Sie sind beide keinen Schuh Pulver wert!“ rief er ihr brutal und verächtlich zu.

Sie trat zurück und gab den Weg frei, und als ob die rohe Beurteilung seitens ihres Bruders ihr urplötzlich beschämend aus ihrem Reidenhaftszustand aufgestiegt und ihr die kalte Besonnenheit zurückgegeben habe, streckte sie den Arm gegen den Ausgang hin und sagte mit unnatürlicher Ruhe zu ihrem Sohne: „Gut — du kannst gehen, mit wem und woher es dir beliebt! — Nur Sorge dafür, daß ein weiser Raum zwischen uns liegt; denn ich will dich nie wieder sehen, nie! — Selbst nach dem Tode nicht! — Fort mit dir!“

Damit schritt sie rasch und ohne sich umzusehen die Treppe nach dem oberen Stockwerk hinauf, während die Tür des Antikzimmers zusag.

„Gott sei Dank, daß wir diese Mördergrube im Rücken haben!“ sagte Lucile zu dem jungen Mann, der stumm und schwer atmend mit ihr den Vorhof durchschritt.

Die kleine Klosterpforte war tastend hinter ihnen zugefallen, und nun, ihre kleine Person in vollkommener Sicherheit wissend, blieb Lucile stehen. „Aber, was für Menschen!“ rief sie und rüttelte und schüttelte unter drohlich trohigen Gebärden die biegsame, seidenrauschende Gestalt, als wolle sie aus jeder Kleiderfalte den dicken Klosterstaub und von der Seele die häßlichen Grundründe schütteln.

„Armer Felix, du bist ja in einem wahren Zustande aufgewacht!“ Eine schöne Verwandtschaft, das nimm mir nicht übel! Und das nennt sich Mutter! Und der schreckliche Mensch, der immer wie Samiel im Freischütz so teuflisch aus der Klause lachte —

„Mein Onkel, Lucile!“ unterbrach sie Felix nachdrücklich, wenn auch mit vor Aufregung halb erstarrter Stimme.

„Ach was! — Für einen solchen Onkel danke ich!“ entgegnete sie ungeduldig. „Du bist viel zu gut und sanft, Felix; du hast dir jedenfalls stets zu viel gefallen lassen, und nun sollst du nicht einmal heiraten — o, da sind wir auch noch da, Madame!“

Was für eine hochmütige Frau! Vermutlich, weil sie noch häßlich ist — bah, was nützt das bei solchem Alter! — Jung sein — ja, das ist die Hauptsache; und wir sind jung, Felix blühtung, geht! — Und darum beneiden uns die Alten.“

(Fortf. folgt.)

er der demokratischen
der Zivilbevölkerung
Rechte sowohl wie
die Waffen abliefern
weder die Unab-
Herrn Rösche so
Hoffnung Ausdruck
als Entwaffnungs-
Weise sprach auch
Er berief sich vor
Ausdruck gebracht
in großen Mengen
drei Tage zu er-
den Einwohnern
Angriffen auf
nicht amovend war
Hinterfolgen Ham-
einem Ausbruch
der Not-
vorgänge im Haus-
enbahnerver-
Eisenbahnerfrei-
diese Taktik des
Reichsfinanzminis-
ter Dr. Wirth einen
durch der ar-
sten. Der Haus-
der beschlagnah-
atum zurückgenom-
Parteien einig in
verbände.
den Rückgang des
Gemeinschaften ein-
Die Leistung der
nis mehr zu den
egung eines Haupt-
herend 100 000 M.
eibehalten werden
erfolgen soll.
die Befestigung des
Hofgebäude
Der Posthaushall
Befungen, Antrags
hr.

Wienberg.

Ar. 151.

2. August

rn.

lefeld.

hat an den Ma-
die Eingabe ge-
hren Erhöhung
sicht genommen
in Wortlaut:

Sachhalt-
für 1920/21 als
I 1400 v. S.
essen III und IV
essen.

Beträge bedeuten
erbetriebe eine
nicht genug davor
wirklichen. Die
tlich ihrer letzten
auch dem dor-
gebracht worden
Bewerbesteuer zu
Damals lagen
in Aussicht ge-
Prozent in der
und mit 420 Pro-

forden Säben

nd ihr Bild flog
er.

— Sie sind beide
und verächtlich zu
als ob die rohe
eich beäunend aus
e kalte Personeng
den Ausgang
Sohne: „Gut
bt! — Nur Jorge
t; denn ich will
r Tode nicht! —

sehen die Treppe
für des Amts-
m Rücken haben!
nd schwer atmend

ihnen zugefallen.
Sicherheit wissend,
es sie und entstellte
biegamen, leidend
erfalte den dicken
indrücke schütteln.
use aufgewachsen!
nicht übel! Und
enich, der immer
ulstige Lächle
nachdrücklich, wenn

ich!“ entgegnete
Felix: „du hast
en sollst du nicht
a, Madame! ...
il sie noch hübsch
jung sein — ja,
lung, geht? —
(Gott, folgt).

zurückblieben. Es ist uns bisher nicht bekannt geworden, daß Gemeinden, abgesehen von einigen des Industriegebiets, in ihren Gewerbesteueranforderungen so weit gegangen sind wie die Stadt Herford. Die Nachbarstadt Gütersloh begnügt sich beispielsweise mit 480 Prozent. Ein Vergleich mit dem Industriebezirk kann nicht in Frage kommen, weil dort, wo Kohle und Eisen die Grundlage des Wirtschaftslebens bilden und die Betriebe unter vorwiegend gleichartigen Konjunkturen arbeiten, andere Voraussetzungen gegeben sind. Dort haben die Gewerbebetriebe viel eher die Möglichkeit, für die erhöhten Selbstkosten einen Ausgleich in höheren Preisen zu suchen. In solcher Lage befindet sich aber die Herforder Industrie nicht. Vielmehr machen hier mehrere Industriezweige — es sei namentlich an die Möbel- und die Zigarrenindustrie erinnert — gegenwärtig eine schwere Krise durch, die in einer fast völligen Stokung des Absatzes, in Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen deutlich ihren Ausdruck findet.

Die Erzielung höherer Preise ist hier gänzlich ausgeschlossen, abgesehen davon, daß in der heutigen Zeit alles getan werden muß,

um den Preisabbau zu fördern.

weil nur auf diese Weise unsere Produktion wieder in ruhige geordnete Bahnen kommen kann. Andererseits kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, wie sich auch aus der vom dortigen Arbeitgeber-Verbande gemachten Aufstellung (Diese Aufstellung ist auffälliger Weise uns nicht zugestellt worden. Ob hierbei ein Versehen oder klar gewollte Einseitigkeit vorliegt, ist uns nicht bekannt. Die Schriftl.) ergibt, die Betriebe selbst die Gewerbesteuer nebst den anderen hohen Steuern und Abgaben ohne weiteres nicht tragen können. Mögen auch zahlreiche Gewerbebetriebe eine finanziell günstige Zeit hinter sich haben, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß sie jetzt an ihren Lagerbeständen und an den neuer eingelaufenen Rohmaterialien vielfach Verluste erleiden werden, die heute in vollem Maße noch garnicht abgesehen sind.

Daß neben diesen allgemeinen Erwägungen auch die Frage in Betracht gezogen werden muß, inwieweit durch die Gewerbesteuer die

Konkurrenzfähigkeit der Firmen

in Herford gegenüber den an anderen Orten mit niedrigeren Steuerhöhen beeinträchtigt wird, hat der Arbeitgeber-Verband in seiner Eingabe bereits eingehend und zutreffend begründet.

Wir verkennen die für die Gemeinden bestehenden Schwierigkeiten, Deckung für ihre Ausgaben zu beschaffen, in keiner Weise und sind uns auch klar darüber, daß Handel und Gewerbe ihren Anteil daran übernehmen müssen. Es darf dabei aber niemals der innige Zusammenhang der einzelnen Betriebe mit der gesamten Volkswirtschaft aus dem Auge gelassen werden. Bevor deshalb die Gewerbesteuererhöhung so scharf angezogen wird, wie es in Herford nach dem Entwurf des Haushaltsplans geschehen soll, und wie es unbedingt zu einer schweren Schädigung des Gewerbes führen muß, ist eingehend zu prüfen, ob nicht bei den Ausgaben Ersparnisse zu machen und ob alle den Gemeinden sonst zur Verfügung stehenden Steuerquellen erschöpft sind, ob nicht etwa andere Steuern noch stärker angespannt und die Umsätze für die vom Reiche zu erwartenden Steuerüberweisungen unter Beobachtung aller gebotenen Vorsicht erhöht werden können. Wir bemerken in diesem Zusammenhang, daß der Bezirksausschuß in Düsseldorf der von den Stadtverordneten in Solingen beschlossenen Gemeindesteuerumlage für 1920 kürzlich die Genehmigung verweigert hat, weil insbesondere die hohe Gewerbesteuer (bis zu 1000 Prozent in der I. Klasse) Handel und Gewerbe einseitig zu stark belastete, ohne daß die übrigen Steuerquellen ausreichend in Anspruch genommen worden seien.

Wir bitten den Magistrat, die vorstehenden Ausführungen bei den bevorstehenden Beratungen zu berücksichtigen und sie auch den Mitgliedern der städtischen Haupt-Haushalts-Kommission zur Kenntnis zu bringen.

— Das Wetter am Dienstag: Teilweise heiter, etwas Regen, nachts kühl.

— 25jähriges Geschäftsjubiläum. Gestern feierte der Schmiedemeister Gottl. Kolling sein 25jähriges Geschäftsjubiläum. Auch wir wünschen dem allseitig geschätzten Jubilar alles Gute für die Zukunft.

la. Beurlaubung des Kreisarztes. Herr Kreisarzt Dr. Angere ist vom Regierungspräsidenten vom 2. August bis 11. September 1920 beurlaubt. Mit der Vertretung ist Herr Kreisassistentenarzt Dr. Bentwisch in Bielefeld beauftragt.

— Preissturz auf dem Pferdemarkte. Die mitteldeutschen Pferdemarkte zeigten in letzter Zeit infolge der Massen-einfuhr dänischer Pferde Preisstürze bis zu 50 Prozent. Die Dänen, die mit 15 000 M. angeboten wurden, waren oft kaum für 7000 M. loszubringen.

— Pferdeablieferung an den Feindbund. Wie das Kreiswirtschaftsamt mitteilt, werden die an den Feindbund abzuliefernden Pferde am Mittwoch, den 11. August, nachmittags 1 Uhr, am hies. Güterbahnhofe abgenommen.

— Weisbrotmarken. Um Verkümmern zu begegnen, macht die Reichsbrotstelle bekannt, daß die Reichsbrotmarken alten Musters ihre Gültigkeit vorläufig nicht verlieren.

r. Orgelweihefeier in der Münsterkirche. Gestern nachmittags wurde in der Münsterkirche das Cantatefest in altgewohnter Weise gefeiert. Ganz besondere Bedeutung erhielt das Fest dadurch, daß mit ihm die Feier der Orgelweihe verbunden war. Lange Monate hatte die Münsterkirchengemeinde ihre Orgel entbehren, ihren Gottesdienst mit Posaunen- und Harmoniumbegleitung halten müssen. Jetzt aber stand das Werk wieder fertig und erneuert da und in brausender Tonfülle kündete es der großen Gemeinde, daß es nun wieder seinen Dienst aufnehmen wolle, die Herzen zum Höchsten zu erheben. Die Orgel ist, wie Pastor La t h-

Essen eingangs seiner Ansprache ausführte, die Königin der Instrumente. Und wahrhaftig, kein anderes weiß so mitzureißen zu Jubel und Triumph wie sie in rauschenden Akkorden, kein anderes so zu Einfuhr und Andacht zu stimmen, wie sie mit weichen, zarten Weisen. Das zeigte sich so recht bei der gestrigen Feier, bei dem jubelnden Singen: „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes“ (Posaunenchor mit Orgel aus der „Schöpfung“ von Haydn), bei der großen Anbetung: „Seht er kommt mit Preis gekrönt“ aus „Judas Makkabäus“ von Händel und nicht zum mindesten bei der durch Musikdirektor Quast vorgetragenen G-moll-Sonate von Joh. Seb. Bach. Stolz und Genugtuung lag man in den Gesichtern der Gemeinde, daß sie ein solches Musikwerk besitzt und Freude, daß nunmehr die Andachtstunden in den ehrwürdigen Hallen der Münsterkirche wieder doppelt schön werden sollen.

Amte Herford-Hiddenhausen.

u. Sidum, 31. Juli. Aus einem Kotten wurde unlängst ein Fahrrad gestohlen. Auf einem andern Gehöft gelang es Dieben, die anscheinend sehr ortskundig waren, eine höchst wertvolle Beute an Speck und Eiern nebst Milch und einem Fahrrad an sich zu bringen.

Bielefeld, 31. Juli. Die seit 1. Juli auf 10 Proz. verminderte Streckung des Brotes mit Haferstodenschrot fällt jetzt gänzlich fort. Infolgedessen kann eine weitere Ermäßigung der Brotpreise eintreten. Weiter ist beschlossen, wider zur früheren Brotaktion von 3 fischen Zehntel Pfund wöchentlich (jezt 3 1/2 Pfund) zurück-zufahren, da mit Beginn der neuen Ernte zu erwarten ist, daß die Mehllieferungen durch die Reichsbrotstelle von nun an regelmäßig und in ausreichender Menge erfolgen werden. Die Brotpreise betragen: für 3 fischen Zehntel Pfund Graubrot 4,25 M. (bisher 3 1/2 Pfund 4,30 M.), für 3 fischen Zehntel Schwarzbrot 4,15 M. (bisher 3 1/2 Pfund 4,20 M.), für 1000 Gramm Weißbrot 2,90 M. (bisher 1000 Gramm 2,90 M.), für drei Weißbrotchen von zusammen 265 Gramm 85 S. (bisher 260 Gramm 85 S.), Kantenbrot und Feinschneebrot stellen sich infolge der größeren Gewichtsmengen etwas teurer, weil bei diesen Haferstodenschrot nicht verwendet wurde.

Bielefeld, 31. Juli. Einen fähen Abschluß fand das noble Auftreten des 27jährigen Kaufmanns Berndt John aus Wallendar bei Koblentz, der seit vier Wochen unangemeldet hier wohnte und wegen einer auswärtigen Diebstahlsache von der hiesigen Kriminalpolizei am Donnerstag nachmittag festgenommen wurde. John hatte seine militärische Laufbahn als ungedienter Landsturmann im Oktober 1916 bei einem Gefahrbatalion im Inlande begonnen. Er legte sich vor mehreren Monaten die Uniform eines Fliegeroberleutnants mit den dazu nötigen Orden, wie Fliegerabzeichen, E. A. 1. und anderes mehr zu. Die noch fehlenden Reithosen und langen Lackstiefel suchte er durch Angehen in den Zeitungen zu erlangen. In dieser Uniform schien er bei der jüngeren Damengwelt, die er bei seinem ausgedehnten Verkehr in hiesigen besseren Cafes und Dilets kennen lernte, ziemlich viel Glück gehabt zu haben, was aus den bei ihm vorgefundenen zahlreichen Liebesbriefen von Angehörigen des weiblichen Geschlechts aus Bielefeld und nächster Umgebung zu schließen war. Als die Personalien des John noch einer weiteren näheren Prüfung unterzogen wurden, stellte es sich heraus, daß auch der Oberstaatsanwalt in Hagen (Westf.) ein Interesse an der Festnahme des John hatte. Er wurde auch von dieser Behörde wegen Urkundenfälschung festbrieflich gesucht.

Bielefeld, 31. Juli. Am Sonntag, den 18. Juli, wurde der Arbeiter Fritz Becker aus Hiddenhausen in der Nähe der Wirtschaft Meerkotten bei Bechterdissen von mehreren Personen überfallen und durch Revolvergeschosse derart schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Bielefelder städtische Krankenhaus gestorben ist. Der Tat dringend verdächtig wurden zwei Brüder Westerbeide aus Hillegossen in Haft genommen, die jetzt auch ein Geständnis abgelegt haben. Der Tat liegen, wie die Bielefelder neuesten Nachrichten melden, höchst unerquickliche Familienverhältnisse zugrunde. Sie steht in Zusammenhang mit einem Vorgang, der sich in der Nacht zum 28. Juni in Hillegossen zugetragen hat. Damals wurde an ein Fenster der Wohnung des ältesten Westerbeide in Hillegossen geklopft und als die Frau W. am Fenster erschien, auf diese mehrere Revolvergeschosse abgegeben, durch welche sie an der rechten Brustseite und am rechten Arm verletzt wurde; doch konnte die Frau nach einigen Tagen als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Nachforschungen ergaben, daß der älteste W. seinen jüngeren Bruder zu diesem Mordanschlag gegen seine eigene Frau gedungen hatte, um diese aus dem Wege zu räumen, damit er seine Schwägerin heiraten konnte. Diese Schwägerin — eine Kriegswitwe L. — stand aber zu dem oben genannten Becker in Beziehungen, die bereits bis zu einer Verlobung geführt hatten. Westerbeide, der Ältere, wollte deshalb auch diesen Nebenbuhler aus dem Wege schaffen. Diesmal hatte Westerbeide, der wiederum seinen Bruder zu Geldverleihen verleitet, leider mehr Erfolg als bei dem Mordanschlag auf seine Frau.

Lippische Freistaaten.

Bad Salzuflen, 31. Juli. Bei der Versteigerung des Wiener Cafes auf dem hiesigen Amtsgericht wurde von Fräulein Rose aus Hannover das Höchstgebot von 260 000 M. abgegeben. — Die Einnahmen der Stadt aus der Vermögenssteuer und Einkommensteuern der Vorjahre. Sie belaufen sich für den Monat Juli auf insgesamt 8155,55 M. Trotz der enormen Erhöhung der Abgaben ist also eine Einschränkung der Vergütungen nicht eingetreten. — Eine Kleiderdiebin konnte von der Polizei ermittelt werden. Ende April oder Anfang Mai wurde in einem Hause an der Langen Straße von einer auf dem Flur stehenden Garderobe ein schwarzer Kleiderrock gestohlen. Die Täterin war aber nicht festzustellen. Einige Zeit darauf sah die Bestohlene ihren Rock bei einer Schneiderin wieder, die den Rock zum Umarbeiten erhalten hatte. Die neue Besitzerin behauptete, den Rock von einer unbekannten Frau in Schötmar für 25 M. (!), etwa 3 Wochen vor Ostern, gekauft zu haben. Diese Angabe ist einfacher Schwindel. Die Bestohlene ist erst am 25. April hier eingezogen, während Ostern auf den Anfang des Monats April fiel.

Salzuflen, 31. Juli. Der Marktausschuss hat für die Zeit vom 1. bis zum 7. August folgende Preise festgelegt: Große Bohnen Pfund 30 S., Möhren 40 S., Kohlrabi 50 S., Weikohl 50 S., Wirsing 70 S., Mangold 80 S., Salat Kopf 15-25 S., Zwiebeln, frisch, Pfund 50 S., Rhabarber 20 S., Stielmus 30 S., Bohnen, frisch, 60 S., Wachsbohnen 80 S., Stangenbohnen 80 S., Perlbohnen 1 M., Kottisch 75 S., Rote Beete 40 S., Pirsische 3-4 M., Kartoffeln, neue, 40 S., Johannisbeeren 10 M., Kirchen, saure, 1,50 M., Himbeeren 2,25 M., Bismontohl, hiesiger, 2 M., Gurken Pfund 1 M., Tomaten, im Treibhaus gezeuht, 3,50 M., Kessel, Wirsing, und Kochäpfel, 1,80 M., Kalbsbist 40 S., Sommerbirnen 40 S., Sommerbirnen, gepflückt, 80 S., Tafelbist 1,50 M., Pflaumen, hiesige, 2 M.

Gerichtssaal.

cr. Bielefeld, 30. Juli.

Der Fuchs nicht vogelfrei.

Nach dem Jagdgesetz von 1907 unterliegt der Fuchs nicht mehr dem freien Tierfange und ist nur dann von jedermann zu töten, wenn es sich um Selbsthilfe handelt. Der Handelsmann Wilh. Kollmeyer von Bieren bei Bünde, der nicht jagdberechtigt ist, hat im Dezember v. Js. einen in seinem Gemüsegarten umherstreunenden Fuchs geschossen und den Balg, der damals in hohem Werte stand, als gute Beute behalten. Das Schöffengericht zu Bünde hatte ihn dieserhalb wegen Jagdvergehens zu einer Geldstrafe von 120 M. und auf Einziehung seines bei der Tat benutzten Jagdgewehrs erkannt. Der Beschuldigte behauptete in der Berufungsinstanz, daß er dem Fuchs deshalb den Garau gemacht habe, weil die Füchse geradezu zur Landplage geworden wären; aber er vermochte nicht nachzuweisen, daß es sich um einen verführten Angriff auf seinen Fühnerbestand gehandelt habe. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf Verwerfung der vom Angeklagten eingelegten Berufung.

Unfallsfall beim Rangieren.

Der 18 Jahre alte Rangierer Paul M. von Herford war beschuldigt, am 2. September v. Js. aus Fahrlässigkeit den Tod des auf dem Bahnhof zu Herford beschäftigten gewesenen Schlossers Ghebracht verursacht zu haben. Der Angeklagte hat am 2. September v. Js. ohne daß der Rangiermeister zugegen gewesen ist, selbständig rangiert. Beim Zusammenrücken der auf dem Reparaturgleise stehenden Wagen wurden dem Ghebracht, der mit einer Reparatur beschäftigt war, beide Beine abgefahren. Er ist infolge der schweren Verletzungen am folgenden Tage gestorben. Der Angeklagte behauptete zwar, daß er vor Beginn seiner verantwortungsvollen Tätigkeit sich davon überzeugt habe, daß kein Mensch auf dem Gleise sei. Der Gerichtshof hielt angeht des Unfallsfalls aber für erwiesen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Er wurde der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden und zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof beschloß, den Verurteilten der bedingten Begnadigung in Vorschlag zu bringen.

Geständiger Dieb.

Der Arbeiter Johann Riepenhoff von Herford war geständig, in Gemeinschaft mit dem schon längst abgeurteilten R. von Herford in der Nacht zum 6. September 1914 dem Bäcker Westerkhoff zu Herford 10 Hühner gestohlen, und die am Latorte gleich abgeschlachteten Tiere verkauft zu haben. Der Gerichtshof erkannte gegen den Geständigen, der zurzeit 17 Monate Gefängnis verbüßt, auf eine Zusatzstrafe von 1 Monat Gefängnis.

Roheit wird bestraft.

Der Tischler Hermann M. von Herford war vom Schöffengericht zu Herford wegen Mißhandlung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden, er, wie auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatten. Die heutige Verhandlung ergab, daß der Angeklagte eines Tages die Arbeiterin Erna S. ohne allen Grund am Halse gewürgt und mit dem Kopfe gegen den Türpfosten gestoßen und dieselbe in nicht wiedergebender Weise beleidigt hatte. Der Gerichtshof ließ es jedoch bei dem ersten Urteile.

Nus Nachbarschaft u. aller Welt.

tu, Berlin, 31. Juli. Wie die „Freiheit“ berichtet, soll es am vergangenen Sonntag auf Schloss Preußenburg bei Templin zu einem Zusammenstoß zwischen den dort beschäftigten ehemaligen Reichswehrangehörigen, die sich weigerten, anderen als landwirtschaftlichen Dienst zu verrichten, und Anhängern Falkenhagens gekommen sein. Als dieser gegen die Leute nichts ausrichten konnte, habe er die in den umliegenden Dörfern verstreut liegenden ehemaligen Volkstümer benachrichtigt, die abends in einer Stärke von 450 Mann mit Minenwerfern und Maschinengewehren unter Führung von zwei Offizieren anrückten, die Leute entwaffneten und schwer mißhandelten, worauf sie dieselben gefangen nahmen. Da man eine rechtliche Handhabung zum Vorgehen gegen die 28 Mann nicht hatte, habe man sie wieder freilassen müssen. Jetzt liegen diese in Templin in der Herberge zur Heimat völlig mittellos und sind auf die dürftige Hilfe des Wirtschaftsverbandes des Kreises Templin angewiesen. Die „Freiheit“ kündigt darüber eine Anfrage im Reichstage an.

Hamburg, 31. Juli. Vor mehreren Monaten erstattete eine hiesige Bank bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige, daß ihr während der Ausladung einer größeren Sendung Tabak im Hamburger Hafen ein beträchtlicher Teil dieser Ware gestohlen worden sei. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und stellte sofort Nachforschungen an, die ergaben, daß ein großer Teil der gestohlenen Tabakballen bereits durch die Zollgrenze gebracht und ins Ausland verschoben worden war. Bereits vor Monaten erfolgten die ersten Verhaftungen in dieser Tabaksmuggelgeschichte. Inzwischen wurde die Angelegenheit weiter verfolgt und neue Festnahmen vorgenommen, so daß sich, nachdem am Freitag abends drei Personen als Mithäftlinge ergriffen werden konnten, nunmehr 19 Personen als Beteiligten an diesem Tabaksmuggel in Haft befinden. Etwa 30 Ballen Tabak konnten bisher wieder herbeigeschafft werden.

L.L. Hamburg, 2. Aug. (Eig. Draht). Die Hafenarbeiter haben beschlossen, den mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. August zu kündigen. Sie haben eine tägliche Rohzulage von 12 M. gefordert. Die Heizer und Maschinisten haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Sport.

Fußball. Die gestern in Hiddenhausen ausgetragenen Wettspiele der 1. und 2. Mannschaft des Ballspielvereins Hiddenhausen gegen die 1. und 2. Mannschaft des Vereins für Rasenspiele Herford endeten die ersten Mannschaften 1:1, für die 2. Mannschaften 3:1.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Anzeigen:	31. Juli		30. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1448,50	1451,50	1456,00	1459,00
Brüssel-Antwerpen	348,65	344,35	344,65	345,35
Christiania	664,20	665,70	669,30	670,70
Kopenhagen	659,30	660,70	664,30	665,70
Stockholm	891,60	893,40	894,10	895,90
Helsingfors	149,80	150,20	154,80	155,20
Stettin	225,75	226,25	226,75	227,25
London	167,55	167,95	167,80	168,20
New York	42,45	42,55	42,20	42,30
Paris	322,65	323,35	321,65	322,35
Schweiz	711,25	720,75	720,25	721,75
Spanien	649,35	650,65	649,35	650,65
Wien (alt)	23,97	24,03	24,47	24,53
do. (Deutsch-Öst. abgeseh.)	23,84½	23,90½	24,37	24,43
Brag	84,50	84,70	84,40	84,60
Indonesien	24,34½	24,40½	24,47	24,53

Zahlungseinstellung einer amerikanischen Baumwollfirma. Die große Baumwollwaren-Exportfirma R. C. Sloan u. Co. in Philadelphia, die in Liverpool, Le Havre und Osaka Filialen betreibt, ist, wie der „Konfektionär“ mitteilt, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven betragen 26 Mill. Dollar, denen nur 4 Mill. Dollar Aktiven gegenüberstehen.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 31. Juli.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per 1000 kg auf Abladung 2460—2540 ab Station. Tendenz flau.
Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	31. 7.	30. 7.		31. 7.	30. 7.
Bistortaerbsen 150-185	150-185	150-185	Stroh, gepr.	9-10 1/2	9-10 1/2
gelb. u. grün. 100-130	100-130	100-130	gebünd.	7-7 1/2	7-7 1/2
Bohnen, weiße	—	—	Runkelrüben	—	—
Beluchiten 80-95	75-90	—	Kohlrüben, gelbe	—	—
Ackerbohnen 100-120	100-118	—	— weiße	—	—
Widen 75-95	70-90	—	Erbsen, gelbe	60-62	60-62
Lupinen, gelbe 55-78	55-78	—	— Rot. Steffen 89-92	89-92	89-92
— blaue 45-63	45-63	—	Roßklee, inländ.	—	—
Serrabella 40-50	40-50	—	Röhren, rote	—	—
Sen, lufe, neues 19-21	19-21	—	Buchweizen	—	—
Kleeheu 29-30	28-30	—			

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese; beide in Herford.

In das Handelsregister, Abteilung A, ist bei der Firma Bruno Brie in Herford (Nr. 664 des Registers) am 29. Juli 1920 folgendes eingetragen worden:

Die Firma ist erloschen.

Herford, den 29. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister, Abteilung A, ist bei der Firma August Raumann in Herford (Nr. 595 des Registers) am 29. Juli 1920 folgendes eingetragen: Der Kaufmann August Dede in Herford ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1920 begonnen.

Herford, den 29. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Die Fetteinheit für die Woche vom 2. bis 8. August ist auf

40 Gramm Butter zu 1 M und

500 Gramm Auslands-Schmalz zu 20 M

festgesetzt.

Herford, den 31. Juli 1920.

Lebensmittelamt.

Die Bestimmungen der Steuergesetze über das Verfahren sind äußerst verwickelt, sodaß sich ein Laie in ihnen nicht zurechtfinden kann, auch wenn ihm der Text der Finanzgesetze zur Verfügung steht. Insbesondere trifft dies bei dem neuen Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 zu. Hierin kommen eine Reihe verschiedener Steuergruppen und innerhalb dieser Gruppen wieder eine sehr große Zahl von Gegenständen in Frage, die im einzelnen dann unter bestimmten Voraussetzungen steuerpflichtig oder steuerfrei sind. Die meisten Schwierigkeiten stellen sich bei der Beantwortung der Frage ein, welche Personen und welche Gegenstände in den verschiedenen Fällen dieser oder jener erhöhten Steuer (Umsatzsteuer) unterliegen. Die vielen einzelnen mündlichen Anfragen zu beantworten, ist für den betreffenden Beamten sehr zeitraubend. Auch den Gewerbetreibenden würde besser gedient sein, wenn sie gemeinschaftlich mit Interessenten gleichartiger Berufsgruppe Auskunft erhalten. Bei einer gemeinsamen Besprechung ist die Möglichkeit eher gegeben, die einzelnen steuerpflichtigen und steuerfreien Gegenstände aufzuzählen. Es empfiehlt sich daher, einen bestimmten Zeitpunkt für eine gemeinschaftliche Beratung festzusetzen. Bevor dieses jedoch geschehen kann, muß zunächst festgestellt werden, ob genügend Fragende der einzelnen Gruppen vorhanden sind. Deshalb werden alle diejenigen, bei denen noch Unklarheiten über

ihre Umsatzsteuerpflicht bestehen, hiermit aufgefordert, dem Umsatzsteueramt schriftlich ganz kurz anzuzeigen, zu welcher Warengattung die Gegenstände gehören, über die sie Auskunft zu haben wünschen: z. B. Kunstschmiedearbeiten, Lederwaren, Möbelfabrikation, Bildhauerarbeiten, Gegenstände aus Rorbgeflecht, Wagenbau, Wäschefabrikation, Gutfabrikation, Konfitüren usw. usw.

Es genügt also vollständig, wenn der Meldende, wie folgt, verfährt: „Ich wünsche Auskunft, welche Holzwaren umsatzsteuerpflichtig sind?“ Unterschrift, Firma nebst Straße und Hausnummer. Gehen von den gleichartigen Berufsgruppen genügend schriftliche Anfragen ein, so wird ein Termin für die einzelnen Besprechungen anberaumt und öffentlich bekanntgemacht werden.

Es liegt im ureigensten Interesse der Gewerbetreibenden, daß sie sich umgehend darüber klar werden, welche von ihren Lieferungen, Leistungen und Reparaturarbeiten umsatzsteuerpflichtig sind. Auch über die Führung des Umsatzsteuerbuchs, wozu jedermann verpflichtet ist, dessen Lieferungen und Leistungen der erhöhten Steuer unterliegen, muß er sich Aufklärung verschaffen: denn Ankenntnis schützt vor Strafe nicht. Es gibt noch eine Reihe von hiesigen Gewerbetreibenden, die bisher trotz wiederholter Bekanntmachung die umsatzsteuerpflichtigen Gegenstände, die in ihrem Unternehmen hergestellt oder veräußert werden, dem Umsatzsteueramt nach § 30 des Gesetzes nicht angezeigt haben. Dies gilt auch insbesondere für die Gast- und Hotelwirte, die der Beherbergungssteuer unterliegen, sowie für verschiedene andere Berufe. Die Säumnigen verfallen einer Ordnungsgeldstrafe bis zu 500 Mark.

Im Anschluß hieran laden wir die Vorsteher und Vertreter der verschiedenen Fachverbände sowie die Versteigerer und Gerichtsvollzieher zu einer mündlichen Besprechung auf Donnerstag, den 5. August d. Js., nachm. 4 Uhr, Zimmer Nr. 38, ein.

Herford, den 31. Juli 1920.

Der Magistrat. Umsatzsteueramt.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Die Fetteinheit für die Zeit vom 4. bis 10. August beträgt: a. für Versorgungsberechtigte auf die Fettmarkte Nr. 29 30 Gramm Butter zum Preise von 71 S., b. für Selbstversorger 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung).

Herford, den 31. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Herford, den 2. August 1920.

Am 30. Juli d. J. entschlief nach einem sich im

Kriege zugezogenen Leiden unser lieber Kamerad

Herr Gustav Deppermann

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,

Kriegsteilm. und Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe Herford.

Die Beerdigung findet am 8. d. Mts., nach-

mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Eidum Nr. 97,

aus statt.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird

gebeten.

Preuss. Süddeutsche Klassen-Lotterie

Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse 16. (242.) Lotterie muss bis zum 6. Aug., abends 6 Uhr, geschehen.

Wessel, Lott.-Einn. Modersohn, Lott.-Einn.

Unter den Linden 27. Herford. Schillerstrasse 10.

Zigarren 30-50 % ermässigt.

Zigarillos Nr. 2 = 30 S.

„ „ 1 = 40 S.

Zigarren „ 12 = 50 S.

„ „ 6 = 60 S.

„ „ 22 = 80 S.

nur Sandblattdeckel rein Uebersee.

Wiederverkäufer: Zigarren und Zigaretten zu

Fabrikpreisen.

Gustav Webmeier

Zigarrenfabrik und Zigaretten-Grosshandlung

früher Rennstr. 20 jetzt Schillerstr. 6, Laden daselbst.

Fernsprecher 640.

Saeneide- und Brechbohnen

das Pfd. 60 Pfg. kommen heute in frischer

Ware zur Ausgabe.

Aleinere Fässer zum Einmachen können bei-

gegeben werden.

Der beliebte sogen. Tüfster Käse sowie Holländ.

Käse ist wieder vorrätig.

Gemüse- und Obstmarkt

nur Andstraße 6.

Brinkmanns Theatersaal Herford.

Donnerstag, den 5. August, 8 Uhr abends:

Gastspiel der Künstlerspiele

„Vier Jahreszeiten“

mit ihrem am 1. August beifälligst aufgenommenen neuen

Augustspielplan.

Karten im Voraus für 2, 3, 5 Mk. bei Herrn Kortkamp.

Alles nähere siehe Plakate.

Von der Reife zurück!

Dentist Riensch

Radewiger Apotheke.

Ich wohne ab 1. August

Mindenerstr. 5.

S. Senge, Heilkundiger,

Behandlung aller Erkran-

kungen, speziell chronischer.

Sprechzeit von 9-12 Uhr

vorm., 2-5 Uhr nachm.

Achtung! Achtung!

Ab 5. - 11. August in

Neders Turnhalle

Verkauf von billigem

email. Geschirr

und

Küchengeräten.

Empfehle

prima

Fleisch und

Leberwurst

Heinr. Dehmann,

Holländstr. 25. Telefon 678.

WirtsanfängerjedenPosten:

Einoleum- und Flizab-

fälle, Hutfilze, Sealskin,

Futterfilze und Plüsch-

stoffe, sowie Militär-Woll-

und Segeltuchstoffe.

Gebr. Tate,

Hauschuh- und Pantoffelfabrik,

Schweideln b. Herford.

Bonbon, Schokoladen

usw. gesucht.

S. Rabbe, Bremen,

Baumstraße 62.

Es peinigt Sie

und läßt Ihnen keine Ruhe, be-

sonders nachts stört Sie

Hausfaden, Krätze,

verfälscht aber innerhalb 2

Tagen nach dem Gebrauch m.

Spezialpräparates Nr. 10 M.

8.25, zur Unterstüßung dienl.

m. Spezialtee Nr. 3 Pat. M.

5.-, 3 Pat. M. 13.50.

Offene Beine

Kramphadern

geschwüre usw. befeuchtet mein

Mutter Obein* Klotter-Bun-

dercrem M. 6.75 und 9.75.

Sämtl. Präparate nur echt geg.

Nachz. zuzüglich Porto u. Ver-

packung, vom

Laborat. Löwenhof 22

Dortmund 100.

Tägl. 2 M. zu verdienen. Näh.

bis 3 M. im P. o. p. J. o. J.

Schulz, Adressenverl., GbN921

Fahr- räder

Mehrere gebrauchte Fahrräder

zu verkaufen od. zu verpachten.

G. Marten,

Fahrradhandlung, Eredenstr. 24.

Brüder, gebrauchte Kinder-

wagen sowie schwache Bäder-

joppe gut erhalten, zu ver-

kaufen. Nachz. u. Nr. 9452

in der Geschäftsst. d. Btg.

1 Kinderwagen, Kinder-

bettstühle, Sitzer und eine

Wiener Harmonika zu

verkaufen. Nachz. u. in der

Geschäftsstelle dieser Zeitung

unter Nr. 9406.

Ein gut erhaltenes

Wachslederjosa

für 150 M. zu verkaufen.

Nachz. u. unter Nr. 9447 in

der Geschäftsst. d. Btg.

2 Cutaway

und 1 Gebrock

gut erhalten, fast neu, sehr

billig zu verkaufen.

Hellerweg Nr. 82.

Abends von 5 Uhr ab.

Zu kaufen gesucht:

Kinder-Sport-, Sij-

oder Liegewagen.

Angebote unter Nr. 9451 an

die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Brennholz

prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Ofenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.

Buchen-Scheitholz

für Bäcker ab Waggon zu Vorzugspreisen.

H. Wilke, Herford

Fernsprecher 489.

Diebroderstr. 8.



Druckfaden

aller Art liefert prompt

Fr. Kühle

Herford // Rennstraße.

+ Ihr Bruch wird größer!

Er drückt sich unter der Pelotte hervor. Die Hernien-Bandage, Erfinder Dr. Winterhalter, ist das einzig patentierte Band, das den Bruch von unten nach oben anzieht und Größeren verbindet. Ohne Feder bequem nachts tragbar. Ueber 2000 in Gebrauch. Hernien-Bandagenhaus Dr. Winterhalter, Halle a. S. Zu sprechen in Herford nur Dienstag, den 3. August, von vorm. 8 bis nachm. 5 Uhr im Hotel Kaiserhof.

Warne vor minderwertigen Bandern.

Möbel- und Bauschreineri in einem Orte des Münsterlandes (ca. 14000 Einwohner) sucht für dauernde Beschäftigung mehrere zuverlässige,

tüchtige und ordentliche

Schreiner-Gesellen,

die an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind und die sowohl an der Bank als an den Maschinen fertig werden können, zum sofortigen Eintritt. II Lohnklasse. Angebote unter Nr. 9419 an die Geschäftsstelle dieser Btg.

Ein tüchtiger erfahrener Kaufmann

sucht sich an einem gutgehenden Fabrikgeschäft in Herford oder Umgegend mit einem Kapital von 200 bis 300 Mille tätig zu beteiligen.

Angebote unter Nr. 9409 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu dieser

wieder gehob-

Deutschland

Bedingungen